

Antrag

1 Antragsteller: **Landesvorstand**

2

3 Thema: **9 Punkte für mehr Wachstum**

4

5

6 Die Landesvertreterversammlung möge beschließen:

7

8 Deutschland steht vor einer enormen Herausforderung. Nach zwei Jahren Rezession sind wir
9 nicht mehr das wirtschaftliche „Zugpferd“ Europas, sondern eher der „kranke Mann“. Das
10 entspricht nicht unseren Maßstäben und gefährdet unseren Wohlstand. So darf es nicht
11 bleiben.

12

13 Unsere Unternehmen haben aber unverändert große Stärken: Innovationskraft,
14 Risikobereitschaft, eine oftmals gute Kapitalausstattung, qualifizierte, motivierte Beschäftigte,
15 um nur einige zu nennen. Das Potential kann aber aktuell nicht abgerufen werden. Die Gründe
16 sind vielfältig und liegen etwa in den zahlreichen Markteingriffen des Staates oder der
17 staatlichen Regulierungswut.

18

19 Wir brauchen eine andere Politik, damit unsere Unternehmen wieder „Tritt fassen“ können.
20 Dass bedeutet an allererster Stelle eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftspolitik in
21 Deutschland. Wir müssen uns wieder auf die ordnungspolitische Tradition der Sozialen
22 Marktwirtschaft besinnen. Dazu gehört vor allem eine Verlässlichkeit staatlichen Handelns. Das
23 ist nicht zuletzt deswegen von zentraler Bedeutung, weil mittlerweile die politische Unsicherheit
24 Abwarten bei den Investoren und Unternehmen zur Folge hat. Das ist ein Haupthindernis für die
25 Dynamisierung der Wirtschaft.

26

27 Wir fordern deshalb:

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antrag

- 28 1. Die Körperschaftsteuer im Jahr 2025 um zwei Prozentpunkte zu reduzieren. Weitere Schritte
29 sollten spätestens in 2027 und 2029 folgen, um die steuerliche Gesamtbelastung von
30 Unternehmen auf maximal 25% zu senken. Um den deutschen Mittelstand zu entlasten,
31 wollen wir die pauschale Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer auf das
32 fünffache des Gewerbesteuerhebesatzes, maximal jedoch auf die tatsächliche
33 Gewerbesteuer, anheben.
34
- 35 2. Ein sofortiges Moratorium für nationale Bürokratiebelastungen: Das betrifft etwa das
36 Tariftreuegesetz, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das Entgelttransparenzgesetz
37 oder das Beschäftigtendatenschutzgesetz. Bei diesen Gesetzen schrecken schon die Namen
38 ab. Sie dienen einem gut gemeinten Zweck, den sie aber oft nicht erreichen können. So
39 lähmt z. B. bereits die Befürchtung, allein wegen unverschuldeten Fehlern in der
40 Lieferkettendokumentation mit hohen finanziellen Forderungen überzogen zu werden. Dort,
41 wo Bürokratie unerlässlich ist, bedarf es klarer und verständlicher Regelungen anstelle
42 komplizierter Vorgaben.
43
44
- 45 3. Das Aussetzen aller nationalen Vergaberegulungen, die über die europarechtlichen
46 Vorgaben hinausgehen.
47
- 48 4. Den EU-Emissionshandel zum alleinigen Leitinstrument für den Klimaschutz zu machen. Alle
49 anderen Vorgaben können entfallen. Dadurch wird die ausufernde Bürokratie in diesem
50 Bereich massiv gestützt. Klimapolitisch motivierte Dauersubventionen wie im EEG werden im
51 Gegenzug abgeschafft.
52
53

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antrag

54 5. Die Spitzenforschung als Grundlage von Innovationen stabilisieren und stärker
55 technologische Höchstleistungen ermöglichen. Dafür sollte die Forschung durch flexible und
56 langfristige Finanzierungsinstrumente, ein technologieoffenes Forschungsfreiheitsgesetz und
57 eine signifikante Erhöhung der Förderung um 1 Mrd. Euro einen Schub erhalten. Staatliche
58 Mittel für Forschung sind gut investiertes Geld. Dafür müssen die Prioritäten richtig gesetzt
59 werden.

60
61 6. Technologieoffenheit als grundsätzlicher Regulierungsansatz. Egal ob im Bereich der
62 Energiepolitik, der Mobilität, der Landwirtschaft, der Biotechnologie. Wir müssen stärker
63 über die Ziele regulieren, weniger über kleinteilige Vorschriften einzelner Technologien, die
64 oft Verboten gleichkommen.

65
66
67 Die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt ist anders strukturiert als in vielen westdeutschen
68 Bundesländern. Seit der Wiedervereinigung ist der Transfer der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt
69 auch mit Hilfe sehr umfangreicher Förderprogramme von Europäischer Union, Bund und
70 Ländern gelungen. Auch heute werden Unternehmensansiedlungen mit Fördermitteln begleitet.
71 Die ostdeutschen Liberalen sehen deshalb einen völligen Verzicht auf Wirtschaftssubventionen
72 aktuell kritisch. Wir halten sie für notwendig, solange sie im Einklang mit den europäischen
73 Vorgaben sind und bis die Aufholprozesse in Ostdeutschland abgeschlossen sind. Das Ziel des
74 Fördermitteleinsatzes ist die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe.
75 Das soll helfen, die Lohnlücke zu den westdeutschen Regionen zu schließen.

76
77 Gerade die Erfahrungen der Wendezeit mit hoher Arbeitslosigkeit und vielen gebrochenen
78 Erwerbsbiografien in fast jeder Familie haben den Blick der Ostdeutschen auf staatliche
79 Sozialleistungen geschärft. Fairness innerhalb unserer Gesellschaft wird nicht nur gegenüber

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antrag

80 den Hilfebedürftigen erwartet. Man erwartet und verlangt sie zu Recht auch gegenüber
81 denjenigen, die die Steuergelder für die Sozialleitungen erwirtschaften. Die häufig geringen
82 wirtschaftlichen Abstände zwischen Menschen im Sozialbezug und denen in Arbeit lassen
83 aktuell pauschale Kritik an allen staatlichen Zahlungen laut werden. Diese werden bei
84 gleichzeitigem Arbeitskräftemangel als leistungsfeindlich wahrgenommen. Reformen im
85 Sozialstaat sowie stärkere Leistungsanreize durch Steuersenkungen sind deshalb zwingend
86 notwendig. Darüber hinaus muss der Arbeitsmarkt modernen Anforderungen angepasst
87 werden.

88

89 Wir fordern deshalb:

90 1. Abbau monetärer Fehlanreize bei Arbeitsaufnahme und -ausweitung. Die Bürgergeld-
91 Regelsätze sind im Jahr 2024 überproportional angestiegen. Sie liegen im Jahr 2025 weiter
92 über dem Bedarf und sollten daher abgesenkt werden. Ebenfalls braucht es eine
93 Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten, um zusätzliche Impulse für die Arbeitsaufnahme
94 zu schaffen.

95

96 2. Arbeiten im Alter attraktiver zu machen: Die Zuschläge bei späterem Renteneintritt werden
97 für einen flexiblen Renteneintritt angepasst.

98

99

100 3. Mehr Flexibilität ermöglichen: Die Arbeitswelt wartet auf ein modernes Arbeitszeitgesetz,
101 das die herkömmlichen Formen der Arbeit ebenso abbildet wie moderne und zukünftige.
102 Wir brauchen einen Systemwechsel weg von der starren täglichen hin zu einer flexiblen
103 wöchentlichen Höchstarbeitszeit. Dies ermöglicht individuell angepasste Arbeitszeitmodelle
104 wie z. B. Funktionszeit oder Wahl- und Vertrauensarbeitszeit. Außerdem können
105 Öffnungsklauseln für Ruhezeitregelungen genutzt werden. Unternehmen brauchen ebenso

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antrag

106 wie Beschäftigte endlich eine verlässliche Rechtsgrundlage für die Erfassung der Arbeitszeit,
107 die an die unterschiedlichen Arbeitsplatz- und Arbeitszeitmodelle angepasst ist, Rücksicht
108 auf die Unternehmensgröße nimmt und nicht zu neuen bürokratischen Hemmnissen und
109 führen darf.

110

111

112 Begründung

113 Begründung erfolgt mündlich.

angenommen

abgelehnt

überwiesen